



## Niederschrift

### 63. öffentliche Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaft und Entwicklung des ländlichen Raumes

---

<b>Sitzungstermin:</b>	Dienstag, 23.05.2023
<b>Sitzungsbeginn:</b>	18:10 Uhr
<b>Sitzungsende:</b>	20:53 Uhr
<b>Ort, Raum:</b>	Raum 405, Hegelallee, Haus 1

---

#### Anwesend sind:

#### Ausschussvorsitz

Herr Lars Eichert	CDU	Leitung der Sitzung
-------------------	-----	---------------------

#### Ausschussmitglieder

Frau Babette Reimers	SPD	
Herr Dr. Gert Zöller	Bündnis 90/Die Grünen	
Frau Dr. Anja Günther	DIE LINKE	
Herr André Tomczak	DIE aNDERE	ab 18:10 Uhr

#### zusätzliches Mitglied

Herr Wolfhard Kirsch	Bürgerbündnis	
Herr Ralf Jäkel	DIE LINKE	
Herr Dr. phil. Wieland Niekisch	CDU	

#### stellv. Ausschussmitglieder

Herr Timo Reimann	SPD	ab 18:09 Uhr
-------------------	-----	--------------

#### Vertreter des zusätzlichen Mitgliedes

Herr Fedor Nocke	DIE PARTEI	
------------------	------------	--

#### sachkundige Einwohner

Herr Ken Gericke	Bündnis 90/Die Grünen	
Herr Willo Göpel	CDU	
Herr Horst Heinzl	BürgerBündnis	
Herr Steffen Pfrogner	DIE aNDERE	
Herr Lars Selwig	SPD	



- 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung /  
Feststellung der öffentlichen Tagesordnung/ Entscheidung über eventuelle  
Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom  
09.05.2023
- 3 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung
- 3.1 Haushaltssatzung mit Haushaltsplan für die Haushaltsjahre 2023/2024  
Vorlage: 23/SVV/0219  
Einreicher: Oberbürgermeister, Geschäftsbereich 1  
(4. Lesung)
- 3.2 Bebauungsplan Nr. 160 "Westlicher Universitätscampus Griebnitzsee" sowie  
Flächennutzungsplan-Änderung "Westlicher Universitätscampus Griebnitzsee"  
(19/17), Abwägung, Zustimmung zum städtebaulichen Vertrag und Satzungs-  
sowie Feststellungsbeschluss  
Vorlage: 23/SVV/0343  
Einreicher: Oberbürgermeister, Fachbereich Stadtplanung  
(2. Lesung)
- 3.3 Innenstadt neu beleben  
Vorlage: 23/SVV/0351  
Einreicher: Fraktion CDU  
(neue Fassung vom 02.05.2023)
- 3.4 Auswirkung von Parkgebühren und Parkplatzknappheit auf das  
Kundenverhalten  
Vorlage: 23/SVV/0356  
Einreicher: Fraktion CDU
- 3.5 Änderung der Geschäftsordnung des Gestaltungsrats  
Vorlage: 23/SVV/0370  
Einreicher: Oberbürgermeister, FB Stadtplanung
- 3.6 Fördergebietskulissen der Wohnraumförderung  
Vorlage: 23/SVV/0372  
Einreicher: Oberbürgermeister, FB Stadtplanung
- 3.7 Bebauungsplan Nr. 40 "Kaserne Kirschallee", 1. Änderung "Teilbereich David-  
Gilly-Straße"  
Vorlage: 23/SVV/0373  
Einreicher: Oberbürgermeister, FB Stadtplanung
- 3.8 Stromversorgung an öffentlichen Plätzen  
Vorlage: 23/SVV/0386  
Einreicher: Fraktion SPD, Fraktion Sozial.DIE LINKE.Potsdam
- 3.9 Sitzungskalender 2024 (Januar - Mai)  
Vorlage: 23/SVV/0381  
Einreicher: Stadtverordneter Heuer als Vorsitzender der  
Stadtverordnetenversammlung
- 3.10 Mitwirkungsgrremium Am Stern  
Vorlage: 23/SVV/0141  
Einreicher: Fraktion DIE LINKE  
(Rücküberweisung)
- 3.11 Begrünung des Mittelstreifens der Breiten Straße  
Vorlage: 23/SVV/0185

Einreicher: Fraktion DIE LINKE  
(Rücküberweisung)

4 Sonstiges

## **Niederschrift:**

### **Öffentlicher Teil**

#### **zu 1 Eröffnung der Sitzung**

Der Ausschussvorsitzende, Herr Eichert, begrüßt die Mitglieder und eröffnet die Sitzung.

#### **zu 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung/ Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 09.05.2023**

Der Vorsitzende stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit mit 5 von 9 stimmberechtigten Mitgliedern fest.

Zur Niederschrift der Sitzung vom 09.05.2023 gibt es keine Hinweise.

Die Niederschrift wird mit 4:0:1 bestätigt.

Zur Tagesordnung ergehen folgende Hinweise:

- Unter dem Tagesordnungspunkt Sonstiges informiert die Verwaltung über Abstimmungen mit den Gemeinden Nuthetal und Wustermark

Die Tagesordnung wird einstimmig bestätigt.

Anträge auf Rederecht liegen nicht vor.

### zu 3 **Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung**

#### zu 3.1 **Haushaltssatzung mit Haushaltsplan für die Haushaltsjahre 2023/2024 Vorlage: 23/SVV/0219**

Einreicher: Oberbürgermeister, Geschäftsbereich 1  
(4. Lesung)

Der Vorsitzende eröffnet die 4. Lesung. Zum Procedere schlägt er vor, die Vorlage zur Kenntnis zu nehmen.

Mit diesem Vorgehen erklären sich die Ausschussmitglieder einverstanden.

Herr Jäkel wünscht einen kurzen Überblick über die Änderungsanträge der Rathauskooperation.

Herr Dr. Zöllner geht überblicksartig auf folgende Änderungsanträge ein:

- Jugendfläche am Nuthepark
- Beschleunigte Umsetzung Radverkehrskonzept
- Fortführung 1000-Bäume-Programm
- Hiroshima-Nagasaki-Platz
- Einrichtung einer Fahrradstaffel / Mittel für eine Fahrradstaffel
- Grünflächenpflege (insbesondere Volkspark)

Der Vorsitzende stellt die zur Kenntnisnahme der Vorlage zur Abstimmung.

**Abstimmungsergebnis:** mit 5:0:1 angenommen.

#### zu 3.2 **Bebauungsplan Nr. 160 "Westlicher Universitätscampus Griebnitzsee" sowie Flächennutzungsplan-Änderung "Westlicher Universitätscampus Griebnitzsee" (19/17), Abwägung, Zustimmung zum städtebaulichen Vertrag und Satzungs- sowie Feststellungsbeschluss Vorlage: 23/SVV/0343**

Einreicher: Oberbürgermeister, Fachbereich Stadtplanung  
(2. Lesung)

Der Vorsitzende eröffnet die 2. Lesung.

Herr Wolfram (Fachbereich Stadtplanung) erinnert an die Ausführungen aus der 1. Lesung.

Herr Pfrogner erkundigt sich nach scheinbar widersprüchlichen Aussagen in der Anlage 4A, worauf Herr Wolfram eingeht.

Frau Dr. Günther kann aufgrund herrschender Flächenknappheit der Vorlage nicht zustimmen. Sie wird sich enthalten.

Der Vorsitzende stellt die Vorlage zur Abstimmung.

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaft und Entwicklung des ländlichen Raumes empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung wie folgt zu beschließen:

1. Im Rahmen der Abwägung nach § 1 Abs. 7 BauGB wird über die Stellungnahmen der Öffentlichkeit sowie der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange zum Bebauungsplan Nr. 160 "Westlicher Universitätscampus Griebnitzsee" entschieden (gemäß Anlagen 3, 4A und 4B).
2. Dem Städtebaulichen Vertrag zum Bebauungsplan Nr. 160 "Westlicher Universitätscampus Griebnitzsee" wird zugestimmt (siehe Anlage 7).
3. Der Bebauungsplan Nr. 160 "Westlicher Universitätscampus Griebnitzsee" wird gemäß § 10 BauGB als Satzung beschlossen, die dazugehörige Begründung wird gebilligt (siehe Anlagen 5 und 6).
4. Im Rahmen der Abwägung gemäß § 1 Abs. 7 BauGB wird über die Stellungnahmen der Öffentlichkeit sowie der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange zur Flächennutzungsplan-Änderung "Westlicher Universitätscampus Griebnitzsee" (19/17) entschieden (gemäß Anlagen 8, 9A und 9B).
5. Die Flächennutzungsplan-Änderung "Westlicher Universitätscampus Griebnitzsee" (19/17) sowie die Änderung des Landschaftsplans werden beschlossen, die Begründung zur Flächennutzungsplanänderung (19/17) wird gebilligt (siehe Anlagen 10 und 11).

**Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung:	<b>4</b>
Ablehnung:	<b>0</b>
Stimmenthaltung:	<b>2</b>

**zu 3.3**     **Innenstadt neu beleben**  
**Vorlage: 23/SVV/0351**  
Einreicher: Fraktion CDU  
(neue Fassung vom 02.05.2023)

Herr Göpel bringt die neue Fassung des Antrages ein.

Herr Schirmag (Wirtschaftsförderung) nimmt für die Verwaltung Stellung. Aufgrund der bestehenden Beschlusslage empfiehlt er, den Antrag als erledigt zu erklären. Zudem sei hier nur ein appellativer Einfluss möglich.

Mehrere Mitglieder sprechen sich gegen den Antrag aus.

Der Vorsitzende stellt die neue Fassung des Antrages zur Abstimmung.

**Der Oberbürgermeister wird beauftragt, bei der weiteren Bearbeitung und Umsetzung des Konzeptes „Innenstadt – Straßenräume neu denken! Konzeptionelle Ansätze für Umnutzungen von Straßenräumen“ die Erkenntnisse und Anregungen der Studie zur "Leitbildentwicklung Potsdamer Innenstadt" (21/SVV/1236) zu berücksichtigen und die Innenstadt als „Erlebnisraum Innenstadt“ zu entwickeln. Dabei sollen die Geschäftsentwicklung, der Ingangsetzung, der Gründungs- und der Anschubfinanzierung für Gewerbe mit Erlebnischarakter berücksichtigt werden. Für ein mögliches Investitionsprogramm sollen Landes- und Bundesfördermittel und weitere Finanzierungsoptionen geprüft und falls möglich genutzt werden. Die Einbeziehung der IHK, der Handwerkskammer, der Händlervereinigungen und Berufsverbände sowie der Immobilienwirtschaft ist zu prüfen und anzustreben.**

**Der Stadtverordnetenversammlung ist bis Dezember 2023 ein erster Bericht vorzulegen.**

**Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung:	1
Ablehnung:	4
Stimmenthaltung:	1

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaft und Entwicklung des ländlichen Raumes empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, den Antrag abzulehnen.

**zu 3.4 Auswirkung von Parkgebühren und Parkplatzknappheit auf das Kundenverhalten**

**Vorlage: 23/SVV/0356**

Einreicher: Fraktion CDU

Herr Göpel bringt den Antrag ein. Ihm fehlt eine entsprechende Datenlage, auf die bereits im Vorfeld solcher Maßnahmen zugegriffen werden kann

Herr Schirmag (Wirtschaftsförderung) nimmt für die Verwaltung Stellung. Er empfiehlt ein Monitoring im Prozess und plädiert dafür, dem Antrag nicht zu folgen.

Herr Progner und Herr Kirsch mahnen nochmals, sich ausreichend um das Thema Lieferverkehr zu kümmern. Herr Kirsch schlägt vor, vorhandene Konzepte zusammenzufassen und die Daten zur Verfügung zu stellen.

Herr Rubelt merkt an, dass Studien durch die Verwaltung nur begrenzt möglich sind. Er verweist zu diesem Thema auf vorliegendes Material von Professor Schneidmesser. Die diskutierten Stellplätze seien zudem nicht weg, sondern nur ausgelagert (Parkhaus), sodass sich lediglich Laufwege verlängerten. Er plädiert

für eine Evaluierung nach zwei bis drei Jahren.

Der Vorsitzende stellt den Antrag zur Abstimmung.

Der Oberbürgermeister wird beauftragt zu untersuchen, inwieweit Parkgebührenerhöhung und Reduzierung von Parkplätzen in der Potsdamer Innenstadt sich auf das Verhalten der Kunden bzw. Klienten und Patienten für die in der Innenstadt operierenden Händler und Gewerbetreibenden sowie vom Publikumsverkehr abhängenden Einrichtungen auswirken.

Dem Ausschuss für Klima, Umwelt und Mobilität ist bis Oktober 2023 zu berichten.

**Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung:	1
Ablehnung:	5
Stimmhaltung:	0

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaft und Entwicklung des ländlichen Raumes empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, den Antrag abzulehnen.

**zu 3.5 Änderung der Geschäftsordnung des Gestaltungsrats**

**Vorlage: 23/SVV/0370**

Einreicher: Oberbürgermeister, FB Stadtplanung

Herr Wolfram (Fachbereich Stadtplanung) bringt die Vorlage ein. Auf die Frage von Herrn Progner aus der Sitzung vom 18.4.2023 (nicht öffentlicher Teil) zum Findungsprozess von Mitglieder\*innen für den Gestaltungsrat geht er ein.

Die Sitzungen des Gestaltungsrates finden öffentlich statt. Nicht öffentlich sind sie nur, wenn der Vorhabenträger dies wünscht.

Herr Progner unterbreitet den Kompromissvorschlag, die Vorstellung des jeweiligen Projektes öffentlich vorzunehmen und die Diskussion darüber in einem nicht öffentlichen Teil folgen zu lassen.

Außerdem schlägt er einen Kennlerntermin der Stadtverordneten mit den Mitglieder\*innen des Gestaltungsrates vor.

Herr Rubelt teilt mit, dass gerne auch Benennungen von potentiellen Mitglieder\*innen von den Stadtverordneten entgegengenommen und geprüft werden. Er lädt die Stadtverordneten zur vermehrten Teilnahme an den Sitzungen des Gestaltungsrates ein. Den Vorschlag eines Kennlerntermins findet er gut, er wird ihn mit den zuständigen Mitarbeiter\*innen besprechen und entsprechend planen.

Auf weitere Anmerkungen und Nachfragen der Ausschussmitglieder geht er ein.

Auf die Frage von Frau Dr. Günther, auf welchem Weg der hiesige Ausschuss



Projekte in den Gestaltungsrat überweisen könne, informiert Herr Wolfram, dass natürlich Projekte vorgeschlagen werden können, die Bauherren jedoch nicht verpflichtet seien, sich dem Gestaltungsrat zu stellen.

Dem Vorschlag von Herrn Progner zur Teilung der Sitzungen des Gestaltungsrates in einen öffentlich und einen nicht öffentlichen Teil schließt sich Frau Reimers an.

Sie wünscht sich zudem, neben der bisherigen Einladung der SBWL-Mitglieder per E-Mail, vor jedem Gestaltungsrat eine kurze Information (wenn möglich inklusive der zu behandelnden Projekte) im hiesigen Ausschuss.

Herr Wolfram stimmt diesem Vorgehen zu. Der nächste Gestaltungsrat findet am 7. Juli 2023 statt, sodass am 27.6.2023 im SBWL-Ausschuss noch einmal informiert werden kann.

Der Vorsitzende stellt die Vorlage zur Abstimmung.

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaft und Entwicklung des ländlichen Raumes empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung wie folgt zu beschließen:

Die Geschäftsordnung des Gestaltungsrats der Landeshauptstadt Potsdam, erstmalig beschlossen am 07.04.2010, geändert am 02.11.2016, wird gemäß Anlage 1 geändert.

**Abstimmungsergebnis:**  
einstimmig angenommen.

**zu 3.6 Fördergebietskulissen der Wohnraumförderung**  
**Vorlage: 23/SVV/0372**  
Einreicher: Oberbürgermeister, FB Stadtplanung

Herr Wolfram (Fachbereich Stadtplanung) bringt die Vorlage ein.

Herr Kirsch hinterfragt den Begriff „Konsolidierungsgebiet“. Da ihm die Erklärung der Verwaltung noch nicht ausreicht, bittet er um eine Aufklärung im Nachgang zur Sitzung.

Im Nachgang zur Sitzung erhalten die Ausschussmitglieder den nachfolgenden Link, unter dem die Erläuterungen zu den Gebietskulissen der Wohnraumförderung des Landes Brandenburg verfügbar sind:

Link:<https://lbv.brandenburg.de/gebietskulissen-der-wohnraumforderung-29468.html>

Der Vorsitzende stellt die Vorlage zur Abstimmung.

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaft und Entwicklung des ländlichen Raumes empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung wie folgt zu beschließen:

1. Die in der beiliegenden Karte (Anlage 1) näher bezeichneten Gebiete werden durch Selbstbindungsbeschluss der Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam als Fördergebiete für die Wohnungsbauförderprogramme des Landes Brandenburg festgelegt.  
Es handelt sich dabei um die derzeit vom Landesamt für Bauen und Verkehr des Landes Brandenburg bestätigten Gebietskulissen.
2. Der Oberbürgermeister wird beauftragt, in Abstimmung mit dem Ministerium für Infrastruktur und Landesplanung und dem Landesamt für Bauen und Verkehr des Landes Brandenburg die Ausweitung der Fördergebietskulisse gemäß der Beschlüsse der Stadtverordnetenversammlung vom 06.12.2017 (DS 17/SVV/0686) und vom 04.12.2019 (DS 19/SVV/1296) auf das gesamte Stadtgebiet voranzutreiben, das gilt insbesondere für das gesamte Entwicklungsgebiet Krampnitz und für die im Integrierten Stadtentwicklungskonzept Potsdam 2035 dargestellten Untersuchungsräume.

**Abstimmungsergebnis:**  
einstimmig angenommen.

**zu 3.7      Bebauungsplan Nr. 40 "Kaserne Kirschallee", 1. Änderung "Teilbereich David-Gilly-Straße"**  
**Vorlage: 23/SVV/0373**  
Einreicher: Oberbürgermeister, FB Stadtplanung

Frau Stolzmann (Fachbereich Stadtplanung) bringt die Vorlage ein. Sie weist darauf hin, dass sich in der Nummer 3 des Beschlusstextes zwei Fehler sowie in der Anlage 3 ein Fehler eingeschlichen haben, die sie bittet berichtigt zu beschließen:

3. „Das Bauleitplanverfahren ist mit der Priorität 1 entsprechend dem Beschluss der Stadtverordnetenversammlung zur Vereinbarung von Prioritäten für den Fachbereich Stadtplanung vom ~~07.03.2001~~ **25.01.2023** (DS 22/SVV/09962) durchzuführen (siehe Anlage 3).“

In der Anlage 3 muss ebenfalls das Datum vom 7.03.2001 auf den 25.01.2023 korrigiert werden.

Der Vorsitzende stellt die geänderte Vorlage zur Abstimmung.

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaft und Entwicklung des ländlichen Raumes empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung wie folgt zu beschließen:

1. Der Bebauungsplan Nr. 40 "Kaserne Kirschallee" ist im „Teilbereich David-Gilly-Straße“ nach § 2 Abs. 1 BauGB in einem 1. Änderungsverfahren zu ändern (gemäß Anlagen 1 und 2).
2. Anlass für die Änderung ist, dass die bislang vorgesehenen Nutzungen einer weiteren Kita, einer Jugendfreizeitstätte und eines Bürgertreffs aufgrund der beschlossenen konkretisierten Entwicklungsziele (DS 18/SVV/0735) sowie aufgrund von Entscheidungen der zuständigen Fachbehörden obsolet sind. Aktuell sind auf der Fläche die Nutzungen „Kindertagesstätte“, „Jugendfreizeitstätte“ und „Sportfunktionsgebäude“ zulässig. Statt der derzeit festgesetzten Nutzung „Jugendfreizeitstätte“ ist auf dem Standort eine Wohnnutzung für besondere Nutzergruppen langfristig zu sichern. Die Errichtung in Kombination mit einem Sportfunktionsgebäude ist weiterhin vorgesehen.
3. Das Bauleitplanverfahren ist mit der Priorität 1 entsprechend dem Beschluss der Stadtverordnetenversammlung zur Vereinbarung von Prioritäten für den Fachbereich Stadtplanung vom 07.03.2001**25.01.2023** (DS 22/SVV/09962) durchzuführen (siehe Anlage 3).
4. Die Ziele für den Entwicklungsbereich Bornstedter Feld werden für den Geltungsbereich der 1. Änderung des Bebauungsplans Nr. 40 (s. Anlage 2) entsprechend Punkt 2 konkretisiert

**Abstimmungsergebnis:**  
einstimmig angenommen.

### zu 3.8 **Stromversorgung an öffentlichen Plätzen**

**Vorlage: 23/SVV/0386**

Einreicher: Fraktion SPD, Fraktion Sozial.DIE LINKE.Potsdam

Frau Reimers bringt den Antrag ein.

Herr Schenke (Fachbereich Mobilität und technische Infrastruktur) nimmt für die Verwaltung Stellung und bittet um Berichterstattung im hiesigen Ausschuss statt in der Stadtverordnetenversammlung. Auf eine Nachfrage von Herrn Nocke geht er ein.

Frau Reimers stimmt einer Berichterstattung im SBWL-Ausschuss zu.

Der Vorsitzende stellt den geänderten Antrag zur Abstimmung.

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaft und Entwicklung des ländlichen Raumes empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung wie folgt zu

beschließen:

Der Oberbürgermeister wird aufgefordert zu prüfen, wie eine unmittelbar nutzbare, festinstallierte Stromversorgung auf öffentlichen, für Veranstaltungen, genehmigungsfähigen Plätzen, realisiert werden kann. Dabei ist die Barrierefreiheit, zum Beispiel durch absenkbare Lösungen, Bezahlbarkeit und niederschwellige Inanspruchnahme zu berücksichtigen.

Das Ergebnis der Prüfung ist der Stadtverordnetenversammlung dem **Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaft und Entwicklung des ländlichen Raumes** spätestens im 4. Quartal 2023 vorzulegen.

**Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung:	<b>5</b>
Ablehnung:	<b>0</b>
Stimmenthaltung:	<b>1</b>

**zu 3.9 Sitzungskalender 2024 (Januar - Mai)**

**Vorlage: 23/SVV/0381**

Einreicher: Stadtverordneter Heuer als Vorsitzender der Stadtverordnetenversammlung

Der Vorsitzende stellt den Antrag zur Abstimmung.

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaft und Entwicklung des ländlichen Raumes empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung wie folgt zu beschließen:

Sitzungskalender 2024 (Januar – Mai 2024) als Arbeitsgrundlage für die Stadtverordnetenversammlung, ihre Fraktionen und Ausschüsse sowie für weitere Gremien.

**Abstimmungsergebnis:**

einstimmig **angenommen**.

**zu 3.10 Mitwirkungsgremium Am Stern**

**Vorlage: 23/SVV/0141**

Einreicher: Fraktion DIE LINKE  
(Rücküberweisung)

Herr Jäkel bringt den Antrag ein.

Herr Wolfram (Fachbereich Stadtplanung) nimmt für die Verwaltung Stellung (siehe auch Präsentation, Anlage zum Protokoll im Ratsinformationssystem). Er informiert, dass ein Mitwirkungsgremium derzeit durch die Verwaltung nicht leistbar ist.

Die Verwaltung schlägt folgenden geänderten Antragstext vor:

„Die Stadtverordnetenversammlung spricht sich dafür aus, dass im Stadtteil Am Stern ein ~~stabiles Mitwirkungs-gremium nach dem Vorbild der Bürgervertretung Drewitz gebildet wird~~ **stabile Beteiligungsformate geschaffen werden**. Damit sollen gute Voraussetzungen für eine aktive Mitwirkung der Bewohner Am Stern bei der Erarbeitung des Rahmenplanes für den Stern gesichert werden.

Der Oberbürgermeister wird aufgefordert, die notwendigen Voraussetzungen bis Ende des Jahres 2023 zu schaffen. Die Stadtverordnetenversammlung ist im ~~Juni~~ **September** 2023 über den Stand zu informieren.“

Die Fristverlängerung auf September nimmt Herr Jäkel an. Er stellt den Antrag zur Geschäftsordnung (GO), den Antrag bis zur nächsten Sitzung zurückzustellen, um sich noch mit dem Änderungsvorschlag der Verwaltung beschäftigen zu können.

Für und gegen den GO-Antrag spricht niemand.

**Abstimmungsergebnis:** einstimmig angenommen.

### zu 3.11 **Begrünung des Mittelstreifens der Breiten Straße**

**Vorlage: 23/SVV/0185**

Einreicher: Fraktion DIE LINKE  
(Rücküberweisung)

Herr Jäkel bringt die ergänzte (neue) Fassung des Antrages ein:

„Der Oberbürgermeister wird beauftragt, die Begrünung des Mittelstreifens der Breiten Straße zu veranlassen.

In einem ersten Abschnitt ist der Mittelstreifen vor dem Naturkundemuseum bis zur Kreuzung Schopenhauerstraße zu entsiegeln, ca. 50 cm tief mit Pflanzboden zu füllen und mit Rasen / Blumen / niedrigen Sträuchern zu bepflanzen.

Diese Teilfläche von ca. 450 m<sup>2</sup> hat eine Breite von 4,70 m bis 2,00 m.

Die Entsiegelung soll in Anwendung von Ersatzmaßnahmen für andere Bauvorhaben geschehen. Die Bepflanzung ist vorzugsweise mit geeigneten trockenresistenten Bodendeckern vorzunehmen. Dabei sind bezüglich Bepflanzung und Pflege Initiativen von Bürgern einzubeziehen sofern möglich.

In einem zweiten Abschnitt ist der Bereich zwischen Schopenhauerstraße und Zeppelinstraße gleichermaßen zu begrünen.

Die Stadtverordnetenversammlung ist im September 2023 über den Stand zu informieren.“

Herr Schenke (Fachbereich Mobilität und technische Infrastruktur) nimmt für die Verwaltung Stellung. Aktuell gibt es keine Finanzierungsmöglichkeit für diese Maßnahme.

Mehrere Ausschussmitglieder halten die Forderung an sich für eine gute Idee, bezweifeln aber ihre Umsetzbarkeit.

Einige Mitglieder sprechen sich für den Antrag aus.

Frau Dr. Günther rät, zunächst die Kosten für die Endsiegelung zu prüfen und gegebenenfalls dann das Projekt zusammen mit der Universität Potsdam zu bearbeiten.

Herr Pfrogner unterstützt das Anliegen und schlägt die Änderung des Antrages vor, den Grünstreifen mit trockenresistenten Pflanzen zu gestalten.

Herr Jäkel kann diesem Vorschlag folgen und streicht im ersten Absatz die Passage, „und mit Rasen/ Blumen/ niedrigen Sträuchern zu bepflanzen“. Die Nutzung von trockenresistenten Pflanzen ist im Antrag bereits enthalten und braucht daher nicht noch einmal aufgenommen zu werden.

Herr Schenke schlägt vor, den Antrag in einen Prüfauftrag mit einer Kostenschätzung umzuwandeln.

Herr Kirsch stellt den Antrag zur Geschäftsordnung, den Antrag als Prüfauftrag mit einer Kostenschätzung zu beschließen.

Für und gegen den Antrag spricht niemand.

**Abstimmungsergebnis:** mit 3:2:1 angenommen.

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaft und Entwicklung des ländlichen Raumes empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die neue Fassung wie folgt zu beschließen:

**Der Oberbürgermeister wird beauftragt, zu prüfen, die Begrünung des Mittelstreifens der Breiten Straße wie folgt zu veranlassen:-**

**In einem ersten Abschnitt ist der Mittelstreifen vor dem Naturkundemuseum bis zur Kreuzung Schopenhauerstraße zu entsiegeln und ca. 50 cm tief mit Pflanzboden zu füllen ~~und mit Rasen / Blumen / niedrigen Sträuchern zu bepflanzen.~~**

**Diese Teilfläche von ca. 450 m<sup>2</sup> hat eine Breite von 4,70 m bis 2,00 m. Die Entsiegelung soll in Anwendung von Ersatzmaßnahmen für andere Bauvorhaben geschehen. Die Bepflanzung ist vorzugsweise mit geeigneten trockenresistenten Bodendeckern vorzunehmen. Dabei sind bezüglich Bepflanzung und Pflege Initiativen von Bürgern einzubeziehen sofern möglich.**

**In einem zweiten Abschnitt ist der Bereich zwischen Schopenhauerstraße und Zeppelinstraße gleichermaßen zu begrünen.**

**Die Stadtverordnetenversammlung ist im September 2023 über den Stand zu informieren.**

**zu 4      Sonstiges**

Information zur Abstimmung mit den Gemeinden Nuthetal und Wustermark

Herr Wolfram (Fachbereich Stadtplanung) informiert zu den Sachständen.

Auf Anmerkungen von Herrn Pfrogner und Herrn Selwig geht Herr Wolfram ein.